

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Umwelt- und Agrarausschuss

16. WP - 4. Sitzung

am Mittwoch, dem 10. August 2005, 14 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Klaus Klinckhamer (CDU)

Vorsitzender

Axel Bernstein (CDU)

Claus Ehlers (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Konrad Nabel (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Günther Hildebrand (FDP)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Herlich Marie Todsén-Reese (CDU)

Ulrike Rodust (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht der Landesregierung über den EU-Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)	4
Antrag des Abg. Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umdruck 16/76	
2. Bericht der Landesregierung über die Zukunft der Förderung des ökologischen Landbaus	6
Antrag des Abg. Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umdruck 16/77	
3. Bericht der Landesregierung über den aktuellen Stand der Verhandlungen des MLUR mit der Wirtschaftsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg zu einem Staatsvertrag über die Zusammenarbeit bei den Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe	8
4. 2. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/43 (neu)	
Beschlussempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 16/133	
5. Gespräch mit der Akademie für die Ländlichen Räume über die Aktivitäten der Akademie und als Europe Direct (Europäisches Informationszentrum)	11
6. Verschiedenes	12

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über den EU-Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Antrag des Abg. Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umdruck 16/76

St Rabijs berichtet über den EU-Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) und sagt dem Ausschuss zu, ihm einen schriftlichen Bericht zuzuleiten.

Auf eine Frage des Abg. Hentschel antwortet St Rabijs, für den Modulationsbereich stünden etwa 10 Millionen € zur Verfügung. Die Höhe der Mittel für die so genannte zweite Säule sei derzeit nicht abzuschätzen. Schleswig-Holstein müsse allerdings damit rechnen, insgesamt etwa 30 bis 50 % weniger Mittel als bisher zu haben. - Die nationale Kofinanzierung - so fährt St Rabijs fort - betrage derzeit 50 %. Dabei handele es sich nicht ausschließlich um Landesmittel; eingerechnet würden auch GA-Mittel. Die Höhe der GA-Mittel wiederum hänge vom Bundeshaushalt ab. AL Sebelin ergänzt, nach dem Koalitionsvertrag sollten EU-Mittel gebunden werden. Stehe eine Kürzung bei den GA-Mitteln an, müsse darüber nachgedacht werden, ob EU-Mittel über Landesmitteln gebunden werden könnten. Intention der Landesregierung sei, eher weniger Maßnahmen mit einem hohen Kofinanzierungsanteil der EU statt viele Maßnahmen mit einem geringen Kofinanzierungsanteil der EU durchzuführen.

Auf eine Frage des Abg. Harms führt St Rabijs aus, die EU wolle ein Herauspicken von Maßnahmen im Rahmen der vier Schwerpunktachsen verhindern. Die Mitgliedsländer seien an Mindestanteile gebunden. Innerhalb dessen gebe es eine Flexibilität bis zu 50 %, sodass die Länder durchaus Schwerpunkte setzen könnten.

Abg. Hildebrand fragt nach der politischen Prioritätensetzung. Die Landesregierung - so St Rabijs - erarbeite derzeit eine Prioritätenliste der Programme.

Auf eine Frage des Abg. Hentschel sagt St Rabijs zu, dem Ausschuss einen Überblick darüber zu geben, welche bisherigen Maßnahmen welchen künftigen Schwerpunktachsen zugeordnet werden könnten. In diesem Zusammenhang bestätigt er auch, dass forstliche Maßnahmen zu den Umweltmaßnahmen zählten.

Abg. Hentschel stellt Nachfragen zum Thema ökologische Landwirtschaft. Hier macht St Rabiun deutlich, dass dies in die Schwerpunktachse 1 gehöre. Die Landesregierung beabsichtige, so viel wie möglich der Förderung in diesem Bereich im Kulturlandschaftsprogramm unterzubringen.

AL Sebelin ergänzt, das Land sei bei der Entscheidung, welche Programme gefördert würden, nicht ganz frei. Die EU habe einen bestimmten Rahmen gesetzt. So werde in jedem Land ein so genannter Begleitausschuss eingerichtet, in dem beispielsweise auch Sachverständige aus den Bereichen Soziales, Wirtschaft und Umwelt vertreten seien.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über die Zukunft der Förderung des ökologischen Landbaus

Antrag des Abg. Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umdruck 16/77

hierzu: Umdruck 16/121

St Rabijs gibt in groben Zügen den aus Umdruck 16/121 ersichtlichen Bericht ab.

Abg. Hentschel stellt anhand zweier in der Sendung „Markt im Dritten“ vorgestellten Fälle im Bereich des ökologischen Landbaus die Frage, ob dieser in Schleswig-Holstein noch eine Zukunft habe, und befürchtet einen Investitionsstopp in diesem Bereich.

Abg. Dr. Höppner betont, die Koalitionspartner hätten sich dafür entschieden, MSL nach wie vor zu fördern, und weist darauf hin, dass der Koalitionsvertrag bis 2010 gelte.

Auch Abg. Ehlers bekräftigt die Gültigkeit des Koalitionsvertrages und weist darauf hin, dass ab 2007 mit der ELER-Verordnung neu über Mittelvergaben zu diskutieren sei. Für die gegenwärtig betroffenen Betriebe ändere sich zunächst einmal nichts.

St Rabijs macht deutlich, die Zukunft ökologischer Betriebe sei nicht abhängig von einer Initialförderung, sondern von der Marktlage. Im Übrigen verweist er auf die normale Investitionsförderung, die auch für ökologische Betriebe gelte.

Er geht ferner auf Fragen des Abg. Harms hinsichtlich des Versorgungsgrades ein und stellt die Vermutung auf, dass in der Bundesrepublik kein Selbstversorgungsgrad bestehe. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass ökologische Produkte im Ausland zum Teil günstiger produziert würden; auch dadurch seien Importe zu erklären. Er sehe Chancen der ökologischen Landwirtschaft insbesondere in der Veredelung von Produkten. Hinsichtlich der Erfolge der Vermarktung im Land selbst lägen keine Angaben vor. Gefördert werde von der Landesregierung, sofern bei der Erzeugung die europäische Richtlinie zugrunde gelegt werde. Über einen Zusammenschluss in einer weiteren Vermarktungsorganisation beziehungsweise über die Verwendung eines Bio-Siegels entscheide der jeweilige Landwirt.

Abg. Hentschel kritisiert, dass derzeit keine Umstellungen gefördert und Vertragsverlängerungen nur um ein Jahr erfolgten, er fragt nach einer engeren Verzahnung des ökologischen Landbaus mit Landschaftsschutz und Umweltschutz sowie nach der bundesweiten Entwicklung der Förderung des ökologischen Landbaus.

St Rabijs betont, die Landesregierung behalte die Förderung im bisherigen Rahmen bei. Es werde allerdings nicht zusätzlich gefördert. Der Zusammenhang zwischen ökologisch wirtschaftenden Betrieben und Vertragsnaturschutz müsse im Einzelfall betrachtet werden. Er könne sich durchaus vorstellen, dass es für ökologisch wirtschaftende Betriebe leichter sein könne, Vertragsnaturschutz zu betreiben, als für konventionelle. Für nicht richtig hielte er es, in bestimmten Bereichen nur ökologisch wirtschaftende Betriebe zu fördern. Im Übrigen werde bundesweit über die künftige Finanzierung in diesem Bereich nachgedacht, weil alle Länder vor der Umsetzung von ELER stünden. Herr Koppe ergänzt, Hessen und Sachsen-Anhalt überlegten, die Förderung zu stoppen. Viele Länder seien noch unentschlossen. Die Diskussionen liefen derzeit bundesweit. Hinsichtlich der Prämienhöhen sei zu sagen, dass Schleswig-Holstein über dem Durchschnitt liege. Zehn Bundesländer zahlten weniger, drei mehr.

Auf eine weitere Frage des Abg. Hildebrand hinsichtlich der Anträge antwortet Herr Koppe, von den Ämtern seien keine Anträge angenommen worden. Diejenigen betroffenen Betriebe, die von einer möglichen Verlängerung betroffen seien, würden von der Landesregierung kontaktiert werden.

St Rabijs sagt sodann auf Bitte des Abg. Ehlers zu, dem Ausschuss die europäischen und deutschen Richtlinien zur Förderung des ökologischen Landbaus zukommen zu lassen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über den aktuellen Stand der Verhandlungen des MLUR mit der Wirtschaftsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg zu einem Staatsvertrag über die Zusammenarbeit bei den Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe

St Rabijs teilt mit, zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg sowie dem Land Schleswig-Holstein fänden derzeit Verhandlungen über eine Zusammenarbeit bei den Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe statt. So solle Schleswig-Holstein gegen eine Vergütung die Aufgaben hinsichtlich der Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe in Hamburg ab der Antragsperiode 2006 übernehmen.

Abg. Harms fragt nach den Auswirkungen der Kommunalisierung auf die künftige Vereinbarung. Daraufhin merkt St Rabijs an, dass die Aufgabe dann gegebenenfalls zu übertragen wäre. Es werde aber auch überlegt, bestimmte Bereiche, beispielsweise die EU-Mittelvergabe, zentral durchzuführen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

2. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/43 (neu)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 16/133

(überwiesen am 16. Juni 2005 an den **Sozialausschuss** und alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Herr Dr. Hase, der Landesbeauftragte der Landesregierung für Menschen mit Behinderungen, gibt einen kurzen Überblick über seinen zweiten Tätigkeitsbericht. Er legt dar, dass in den letzten Jahren ein Paradigmenwechsel stattgefunden habe und Barrierefreiheit in immer mehr Bereichen als Querschnittsaufgabe gesehen werde, die alle Menschen betreffe. Hier sei auch der demographische Wandel von Bedeutung, weil sich der Personenkreis, der von Barrierefreiheit profitiere, vergrößere.

Im Umwelt- und Agrarbereich gebe es zwar weniger Berührungspunkte zu seiner Tätigkeit, aber auch hier müsse man sensibel sein. Als Beispiel führt er an, dass nach dem Landesnaturschutzgesetz die Mitnahme von Hunden in Naturschutzgebiete untersagt sei, so auch für Blinden- oder Begleithunde. In diesen und ähnlich gelagerten Fällen hält er es für notwendig, Ausnahmebestimmungen zu erlassen.

Abg. Harms fragt nach einer Ansprechstelle in Bezug auf Barrierefreiheit bei der Planung von Projekten. Herr Dietrich verweist auf eine Schriftenreihe und sagt zu, dem Ausschuss die Bezugsquelle mitzuteilen.

Abg. Hamerich äußert sich positiv über das ehrenamtliche Engagement eines Beauftragten für Behinderte auf kommunaler Ebene. Herr Hase bestätigt die gute Arbeit von Behindertenbeauftragten, bedauert, dass so gut wie keine hauptamtlichen Beauftragten vorhanden seien, und spricht sich dafür aus, das Beauftragtenwesen stärker einzubinden.

Abg. Nabel möchte wissen, ob es Wünsche des Beauftragten an die Politik und die Politiker gebe. Hier macht Herr Dr. Hase darauf aufmerksam, dass es einfacher und auch billiger sei, bereits bei der Planung Barrierefreiheit zu bedenken, als dies im Nachhinein zu tun.

Er führt in diesem Zusammenhang aus, dass er häufiger mit Privaten Kontakt habe, die Gästehäuser umbauen wollten beziehungsweise Betriebe umstellten. Hier gebe es leider keine speziellen Fördermittel.

Herr Dietrich ergänzt auf die Frage des Abg. Nabel, dass es eine Reihe von Maßnahmen gebe, die Barrierefreiheit ermöglichen, beispielsweise Tast- und Dufthinweise für Blinde, das Aufhängen von Informationstafeln in einer bestimmten Höhe, die Erlaubnis, Blindenhunde und Behindertenbegleithunde mitnehmen zu können, die Möglichkeit des Betretens beispielsweise nicht nur von Gärten, sondern auch von Gebäuden, spezielles Prospektmaterial und vieles mehr.

Der Ausschuss nimmt den 2. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Gespräch mit der Akademie für die Ländlichen Räume über die Aktivitäten der Akademie und als Europe Direct (Europäisches Informationszentrum)

hierzu: Umdruck 16/125

Herr Müller und Herr von Plüskow stellen die Akademie für Ländliche Räume vor. Dabei gehen sie insbesondere auf den Verein, die Gremien, den Vorstand, die Geschäftsstelle, den Wissenschaftlichen Beirat, die Arbeitskreise, die Kooperationspartner, Beispiele aus der Vereinsarbeit, das Europäische Informationsnetzwerk, Veranstaltungsbeispiele, Informationsausstellungen sowie geplante Veranstaltungen und Themenschwerpunkte ein (siehe Umdruck 16/125).

Die Vertreter aller Fraktionen sichern der Akademie für die Ländlichen Räume Unterstützung zu.

Schwerpunkt der nachfolgenden Diskussion ist die Frage der künftigen Finanzierung durch den Landeshaushalt. Im Rahmen der anstehenden Kürzungen werden verschiedene Kompensationsmöglichkeiten, beispielsweise die teilweise Zusammenlegung und die Erzielung von Synergieeffekten mit der Akademie für Umwelt in Neumünster, angedacht.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Hentschel stellt die aus Umdruck 16/116 ersichtlichen Fragen.

St Rabiüs beantwortet diese wie folgt:

Zu 1: Gegenwärtig stünden eine Reihe von Anträgen zur Notifizierung an. Es seien zum Teil anzeigepflichtige Maßnahmen, zum Teil solche, die umfassend notifiziert werden müssten. Die EU habe sich noch nicht abschließend geäußert. Nach ersten Anmerkungen müsse Schleswig-Holstein davon ausgehen, dass die EU vor der ELER-Verordnung keine Notifizierung durchführen werde. Die Förderung solle bis zur neuen Förderperiode der EU aus Landesmitteln erfolgen. Es solle dafür gesorgt werden, dass diese Maßnahmen in die ELER-Verordnung aufgenommen würden.

Zu 2: Das Kabinett habe am gestrigen Tage die bisherige Verordnung aufgehoben. Die neue werde voraussichtlich noch im Laufe dieser Woche unterschrieben und dann veröffentlicht werden. Damit sei die so genannte Grünlandoption zurückgenommen worden. Er gehe davon aus, dass als Ackerprämie etwa 300 € und als Grünlandprämie knapp 80 € pro Hektar gezahlt werde. Ab 2003 gelte nach dem Abschmelzungsprozess ein einheitlicher Prämiensatz. Die jetzige Landesregierung halte die von der letzten Landesregierung wahrgenommene Grünlandoption für eine Fehlbeurteilung. Für Grünland werde erstmals eine Prämie gezahlt, sodass künftig im klassischen Gemischtbetrieb eine finanziell bessere Situation entstehe als im reinen Ackerbaubetrieb. Die Rücknahme der Grünlandoption verfolge somit das Ziel, Strukturbrüche abzumildern.

Einige Grünlandbetriebe hätten bisher noch keine Anträge gestellt. Um ihnen zu helfen und das Ziel zu erreichen, Grünlandanteile zu erhalten und auszubauen, solle in dem neuen Kulturlandschaftsprogramm eine Fördermaßnahme vorgesehen werden.

Zu 3: Die Landesregierung habe neue Richtlinien für die Investitionsförderung festgelegt. Sie befänden sich zurzeit in Abstimmung mit dem Finanzministerium und dem Landesrechnungshof und würden in Kürze veröffentlicht werden. Die Eckpunkte der neuen Richtlinie seien dem „Bauernblatt“ mitgeteilt worden, das sie veröffentlicht habe. Im Rahmen des Agrarförderprogramms sollten im September 2005 etwa 2 Millionen € für Zinszuschüsse und

1,5 Millionen € für Zinsverbilligungen vorgesehen werden. Damit werde das bisherige Niveau erhalten.

Es seien einige Vereinfachungen geplant. Einige Sondervorschriften würden gestrichen. Einige zusätzliche Verschärfungen im Tierschutz würden zurückgenommen. Kleinere Investitionen unterhalb von 50.000 € sollten nicht mehr gefördert werden, weil der Verwaltungsaufwand zu hoch sei und die Gefahr von Mitnahmeeffekten bestehe. Weitere Änderungen des AFP seien derzeit nicht absehbar und geplant. Die Landesregierung sehe in der Investitionsförderung vor allem ein Instrument der Wirtschaftsförderung.

Vor dem Hintergrund, dass die Fraktion der CDU vom 18. bis 20. Oktober eine Fraktionsreise plant, streicht der Ausschuss den für den 19. Oktober vorgesehenen Sitzungstermin.

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, schließt die Sitzung um 16:20 Uhr.

gez. Klaus Klinckhamer
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin